

Dokumentation zum Ariadne-Dialogforum

Impulse für eine erfolgreiche Wärmewende: Herausforderungen und Lösungen auf dem Prüfstand

Sechstes Dialogforum zur Wärmewende im Rahmen des
Forschungsprojekts Ariadne am 10. Oktober 2024

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

Ihre Ansprechpersonen für Fragen und Kommentare:

Leitung der Policy Unit: Ann-Katrin Schenk, Mercator Research Institute on Global Commons and Climate Change;
Julia Epp, Mercator Research Institute on Global Commons and Climate Change (Kontakt: epp@mcc-berlin.net)

Leitung der Fokusanalyse Wärmewende: Prof. Dr. Manuel Frondel, RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung, Sebastian Herkel, Fraunhofer-Institut für Solare Energiesysteme, Dr. Christoph Kost, Fraunhofer-Institut für Solare Energiesysteme

Konzeption und Durchführung des Dialogforums sowie Dokumentation: Dennis Tänzler, Tobias Bernstein und David Leoncio, adelphi (Kontakt: taenzler@adelphi.de)

Herausgegeben von

Kopernikus-Projekt Ariadne
Potsdam-Institut für Klimafolgen-
forschung (PIK)
Telegrafenberg A 31
14473 Potsdam

Dezember 2024

Die vorliegende Ariadne-Dokumentation wurde von den oben genannten Autorinnen und Autoren des Ariadne-Konsortiums ausgearbeitet. Sie spiegelt nicht die Meinung jedes einzelnen Konsortiumspartners vollumfänglich wider.

Sechstes Ariadne- Dialogforum zur Gestaltung einer erfolgreichen Wärmewende in Deutschland

Am 10. Oktober 2024 fand das sechste Dialogforum „Wärmewende - Impulse für eine erfolgreiche Wärmewende: Herausforderungen und Lösungsansätze auf dem Prüfstand“ virtuell im Rahmen des vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderten Kopernikus-Projekts Ariadne statt. Der Dialog brachte Vertreter*innen aus Politik, Wirtschaft, organisierter Zivilgesellschaft und Forschung zusammen. Im Mittelpunkt des Austauschs standen verschiedene Aspekte der Wärmewende. Mit dem insgesamt sechsten Dialogforum Wärmewende im Rahmen des Forschungsvorhabens Ariadne sollten ein Jahr vor der Bundestagswahl die Perspektiven der Zusammenarbeit von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft verortet werden.

Als Impulse seitens der Forschenden wurden zum einen die Ergebnisse einer ersten Runde einer Bürgerdeliberation im Juni 2024 geteilt, bei der 50 zufällig ausgewählte Bürgerinnen und Bürger zu aktuellen Fragen der Wärmewende diskutierten. Im Mittelpunkt standen dabei Herausforderungen hinsichtlich der Verlässlichkeit politischer Rahmenbedingungen und der Finanzierung durch die betroffenen BürgerInnen. Diese Rückmeldungen wurden von den Teilnehmenden des Dialogforums ebenso gemeinsam reflektiert wie die aktuellen Ergebnisse der Befragung im Rahmen des Wärme- und Wohn-Panels. Zentrale Punkte der repräsentativen Befragung betreffen die Wahrnehmung der finanziellen Belastungen im Zuge der Umsetzung einzelner Maßnahmen der Wärmewende sowie die Auswirkungen auf die Einstellung zur klimapolitischen Steuerung in diesem Bereich. Vor diesem Hintergrund wurden Lösungsansätze diskutiert, wie die Zusammenarbeit zur Umsetzung der Wärmewende insbesondere auf lokaler Ebene verbessert werden kann und welche politischen Prioritäten sich daraus ergeben.



Abbildung 1 Was sind aus Ihrer Sicht die Prioritäten für die Ausgestaltung einer sozial ausgewogenen Wärmewende im Jahr 2024 und 2025?

Während des Forums wurden mit Hilfe einer Mentimeter-Umfrage Themen abgefragt, die aus Sicht der Teilnehmenden Prioritäten für die Gestaltung einer sozial gerechten Wärmewende darstellen. Dabei wurde eine Reihe von politischen, kommunikativen und sozialen Aspekten genannt und hervorgehoben.

Impuls I – Prioritäten einer kohärenten Wärmewende-Politik: Vorstellung und Diskussion der ersten Runde der BürgerInnen-Deliberation

Dr. Julia Epp leitete ihren Impuls mit einem Hintergrund zur öffentlichen Debatte um die Wärmewende in Deutschland ein. So sei das Thema seitdem vorzeitigen Leak des Gebäudeenergie-Gesetzesentwurfs politisch besonders relevant und in der medialen Debatte negativ aufgeladen worden. Die Förderung klimafreundlicher Technologien im Heizungssektor und das Verbot fossiler Systeme wurde oft losgelöst von sachlichen Aspekten debattiert. Diese Vorüberlegungen flossen mit in die Konzeption und Fragestellungen der ersten Bürgerdeliberation mit ein. Bei der Bürgerdeliberation handelt es sich um ein partizipatives Verfahren, bei dem zufällig ausgewählte Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit erhalten, sich intensiv mit komplexen und strittigen Themen wie der Wärmewende auseinanderzusetzen. Ziel der Ariadne Bürgerdeliberation ist es, in einem fairen Austausch von Positionen und Begründungen aktuelle und wissenschaftlich fundierte potenzielle Politikmaßnahmen zu bewerten, um gesellschaftlich tragfähige Politikoptionen auszumachen, Chancen und Herausforderungen zu benennen und Ideen für deren Weiterentwicklung im Dialog zu entwickeln. Dabei ist es nicht nötig, dass die Bürger*innen in allen Punkten übereinstimmen, jedoch ist es das Ziel, gemeinsame Kernbotschaften an politische Entscheidungstragende zu formulieren.

Im Vorfeld der Bürgerkonferenz wurden den Teilnehmenden [Materialien](#) (z.B. Infobroschüren, Videos) zur Verfügung gestellt, um sie auf die Diskussion vorzubereiten. Durch Inputs von Forschenden aus dem Ariadne-Konsortium sollten alle Teilnehmenden die Möglichkeiten haben, tiefer in die unterschiedlichen Fragestellungen zur Wärmewende einsteigen können. In der Rekrutierung der Teilnehmenden wurde darauf geachtet durch eine gewichtete Zufallsauswahl, eine möglichst vielfältige Gruppe zusammenzustellen – wobei ein besonderer Fokus auf eine Mehrheit an Eigenheimbesitzenden und einer kleineren Gruppe an Mietende gelegt wurde. Die Teilnehmenden waren im Vergleich zur Gesamtbevölkerung etwas progressiver gegenüber der Klimapolitik eingestellt. Durch die gezielte Rekrutierung wurden Menschen angesprochen und eingeladen, die verschiedene Parteien wählen und damit konträre Perspektiven vertreten. Die Bürger*innen diskutierten auf der Bürgerkonferenz in Zweier- und Kleingruppen und glichen Ergebnisse im Plenum ab. Zusätzlich wurden vor und nach der Bürgerkonferenz Befragungen unter den Teilnehmenden durchgeführt, um festzuhalten, ob und wie sich die Bewertung einzelner Politikmaßnahmen verändert haben.

Im Rahmen der Wärmewende-Session wurden vier Themenschwerpunkte diskutiert, wobei der Fokus auf dem Gebäudeenergiegesetz (GEG) und den damit zusammenhängenden finanziellen Fördermöglichkeiten lag. Die Ergebnisse zur energetischen Sanierung und zum CO₂-Preis/CO₂-Kostenaufteilungsgesetz wurden aus Zeitgründen auf dem Stakeholder-Workshop nicht vertieft.

Es zeigte sich, dass die Mehrheit der anwesenden Bürger*innen dem Gebäudeenergiegesetz positiv gegenüberstanden und dessen Verabschiedung befürworteten, allerdings gab es auch eine Gruppe, die dazu keine oder eine ablehnende Meinung vertrat. Die Argumente zur Befürwortung des GEG waren: Planungsunsicherheit, Informationsdefizite und Bedenken gegenüber freiwilligen Regelungen. Es zeigte sich aber auch, dass die Inputs der Expert*innen und die Diskussion zum GEG einen Einfluss auf die Wahrnehmung der Verständlichkeit der Informationen zum GEG hatten. Nach der Bürgerkonferenz sank die Zustimmung leicht, vermutlich da die Bürger*innen nun besser Bescheid wussten, wie die detaillierten Einzelregelungen und Ausnahmefälle im GEG definiert sind und Einblicke in die Komplexität in das Gesetz gewonnen hatten. Die Bürgerinnen und Bürger fühlten sich nicht ausreichend informiert und forderten eine einfachere und klarere Kommunikation. Es herrschte große Unsicherheit darüber, ob politische Entscheidungen rückgängig gemacht werden könnten, was durch die widersprüchliche Berichterstattung in den Medien noch verstärkt wurde. Etwa die Hälfte der Teilnehmer gab an, dass sie das Gesetz und seine Auswirkungen auf sie vor der Diskussion verstanden hatten, wobei sich diese Zahl danach verringerte und die Teilnehmer zu neutralen oder negativen Einschätzungen wechselten.

Hinsichtlich der Gestaltung von Förderprogramme zum Heizungstausch konzentrierte sich die Diskussion unter den Bürger*innen im Wesentlichen auf zwei Aspekte: 1. Demographischer Wandel unter Hausbesitzer*innen und 2. Rolle von Mietenden. Ein erheblicher Teil der Hausbesitzer*innen ist über 65 Jahre alt, lebt von der Rente und besitzt nicht viele Rücklagen. Selbst bei der maximalen Förderung von 70% können viele dieser Menschen den Wechsel auf ein erneuerbares Energiesystem kaum stemmen. Konsens war, dass die Förderung höher sein sollte, da das Erreichen der Klimaziele im nationalen Interesse liegt. Auch die Rolle der Mietenden wurde auf der Bürgerkonferenz kontrovers diskutiert: Mieter*innen tragen indirekt über Steuern zu der Finanzierung von Förderprogrammen bei, profitieren aber selten direkt von den selbigen. Sie haben deutlich weniger Handlungsspielraum in der Wärmewende und von den Entscheidungen der Vermietende abhängig. Gekoppelt ist die empfundene Ohnmacht der Mietenden in der Wärmewende an die allgemeinen Entwicklungen auf dem Mietmarkt (Energiekostensteigerung, Wohnungsnot, etc.). Durch das CO₂-Kostenaufteilungsgesetz werden weitere Konfliktpotenziale gesehen, vor allem, dass die CO₂-Kosten aufgrund der Intransparenz von Betriebskostenabrechnungen doch auf Mietende abgewälzt werden.

Hinsichtlich des Klimagelds wurde befürchtet, dass ein umfassendes Klimageldkonzept zu einem „bürokratischen Monster“ werden könnte. Daher wurde vorgeschlagen, das Klimageld nur an einkommensschwache Haushalte auszahlend oder direkt in den Klimaschutz zu reinvestieren. Schlussendlich wurde in Bezug auf gesetzliche Rahmenbedingungen und Förderprogramme gefordert, dass die Regierung langfristige Planungssicherheit bieten sollte, auch über den Regierungswechsel hinweg.

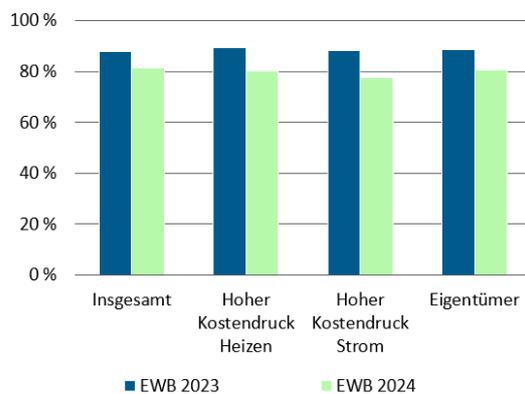
Die Bürgerdebatte zeigte, dass eine stärkere Einbindung der Bürger*innen in politische Prozesse sowie eine bessere und klarere Kommunikation notwendig sind, um Akzeptanz und Unterstützung für die Wärmewende zu sichern. Insbesondere die finanzielle Förderung, die soziale Gerechtigkeit und die langfristige Planungssicherheit müssen verbessert werden, um den Umstieg auf klimafreundliche Heizsysteme erfolgreich zu gestalten.

Input Statement: Ergebnisse des KfW-Energiewendebarmeters 2024

Dr. Daniel Römer stellte die zentralen Erkenntnisse aus dem aktuellen KfW-Energiewendebarmeter 2024 vor, einer jährlichen Befragung, die seit 2018 durchgeführt wird und die Einstellungen sowie die Handlungsbereitschaft der deutschen Haushalte zur Energiewende misst. Trotz einer leichten Eintrübung der allgemeinen Stimmung gegenüber der Energiewende stehen nach wie vor über 80% der befragten Haushalte hinter der Notwendigkeit der Transformation. Diese starke Grundunterstützung zeigt, dass Klimaschutz ein fest verankertes Anliegen in der Gesellschaft bleibt, auch wenn die Bereitschaft zu aktivem Handeln im Vergleich zum Vorjahr leicht abgenommen hat.

82 % der Haushalte in Deutschland stehen hinter der Energiewende

Zustimmung noch immer hoch



Leichte Eintrübung der Handlungsbereitschaft

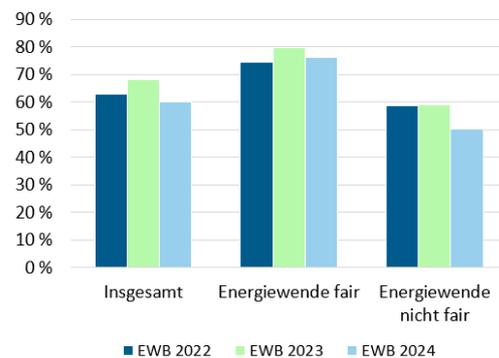


Abbildung 2 KfW Energiewendebarmeter 2022, 2023 und 2024

Ein bemerkenswerter Trend im Jahr 2024 ist die zunehmende Nutzung klimafreundlicher Technologien. So verzeichnete die KfW 1,2 Millionen neue Nutzer*innen von Energiewendetechnologien, insbesondere im Bereich der Photovoltaikanlagen und Batteriespeicher, was darauf hinweist, dass Haushalte in Deutschland zunehmend bereit sind, in Technologien zur Eigenversorgung und Energieunabhängigkeit zu investieren. PV-Anlagen, die inzwischen in fast jedem dritten Haushalt vertreten sind, entwickeln sich weiterhin dynamisch, während Solarthermie und Holzpellettheizungen eher stagnieren. Diese Präferenzen sind laut Daniel Römer insbesondere auf die deutlich bessere Wirtschaftlichkeit und Verfügbarkeit von PV-Technologien zurückzuführen.

Eine der wichtigsten Erkenntnisse betraf die Akzeptanz sogenannter „harter“ klimapolitischer Maßnahmen. Zwar halten 80% der Befragten Klimaschutz für wichtig, doch die Unterstützung für spezifische Maßnahmen wie die allgemeine CO₂-Abgabe oder das Einbauverbot fossiler Heizungen war deutlich geringer. Die CO₂-Abgabe, ein bevorzugtes Instrument von Ökonom*innen, fand bei wohlhabenderen Großstadt-Haushalten eine relativ hohe Akzeptanz, während in einkommensschwächeren oder ländlichen Haushalten die Zustimmung eher gering war. Diese Diskrepanz verdeutlicht die unterschiedlichen sozialen und regionalen Voraussetzungen für die Umsetzung klimapolitischer Instrumente.

Das Panel zeigte zudem, dass Haushalte mit niedrigem Einkommen zwar weniger absolute Heizkosten aufweisen, jedoch einen höheren Anteil ihres Einkommens für Heizkosten aufbringen müssen. Besonders einkommensschwache Haushalte leben oft in schlecht isolierten Gebäuden und können nicht einfach auf Wärme verzichten. Die energetische Sanierungsrate bleibt zudem bei rund 1%, was weit unter dem angestrebten Wert von 2% liegt. Es stellte sich heraus, dass wohlhabendere Haushalte häufiger Sanierungen vornehmen als einkommensschwächere. Gebäude aus den Baujahren 1918 bis 1968 zeigen die höchste Sanierungsrate, während neuere Gebäude, die aufgrund gesetzlicher Effizienzstandards bereits besser isoliert sind, seltener saniert werden.

Eine besondere Herausforderung stellt die Diskrepanz zwischen Mietenden und Eigentümer*innen dar: Letztere bevorzugen die CO₂-Abgabe gegenüber einem Verbot fossiler Heizungen, da sie häufig größere finanzielle Spielräume besitzen, um klimapolitische Maßnahmen umzusetzen. Insgesamt zeigte das Panel, dass strukturelle und finanzielle Faktoren die Unterstützung von Klimapolitik erheblich beeinflussen. In der nächsten Befragungswelle sollen diese Faktoren detaillierter untersucht werden, um ein besseres Verständnis für die wahrgenommene finanzielle Belastung und die Effekte von Maßnahmen wie Mindeststandards für Energieeffizienz zu gewinnen.

Input-Statement aus dem Stakeholder-Kreis

Thomas Heilmann, MdB CDU, hob in seinem Statement die Wärmewende als eines der komplexesten Projekte der Energiewende hervor. Er kritisierte das Gebäudeenergiegesetz (GEG) als teilweise inkonsequent, da fossile Heizungen unter bestimmten Bedingungen weiterhin erlaubt sind. Die Unsicherheit, die durch diese Regelung entsteht, führe dazu, dass viele Eigentümer*innen Investitionen aufschieben. Heilmann plädierte für eine umfassendere, regionsspezifische Förderung und die Einführung einer Grüngas-Quote, um die Wärmewende stärker an die jeweiligen Gegebenheiten anzupassen. Abschließend betonte Heilmann die wichtige Rolle von Installateur*innen und Handwerker*innen als „Botschafter“ der Wärmewende. Nur durch ein Bündnis aus Politik und Fachkräften sei das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Wärmewende wiederherzustellen und langfristig zu sichern.

Gemeinsame Diskussion zentraler Folgerungen für Politik und Forschung

In der abschließenden Diskussion wurden die wesentlichen Schlussfolgerungen des Dialogforums für Politik und Forschung gemeinsam erarbeitet. Die Diskussionsrunde betonte zunächst die Bedeutung verlässlicher politischer Rahmenbedingungen, die Menschen und Unternehmen langfristige Planungssicherheit bieten sollen. Ein stabiler Rahmen sei unerlässlich, um Investitionsentscheidungen zu erleichtern und das Vertrauen in die Klimapolitik zu stärken. Hierzu zählen vor allem verlässliche Förderinstrumente, die Finanzierungshürden abbauen und klimapolitische Investitionen gerade für Haushalte mit geringem Einkommen ermöglichen.

Ein zentraler Diskussionspunkt war die Notwendigkeit einer gezielten und verständlichen Kommunikation. Die Teilnehmenden sahen ein starkes Defizit in der aktuellen Informationsvermittlung, das oft zu Verunsicherung bei den Betroffenen führe. Es wurde empfohlen, die komplexen Regelungen zur Wärmewende einfacher und praxisnäher darzustellen und dabei auf regional angepasste Maßnahmen einzugehen. Dies könne auch das Vertrauen in politische Entscheidungen stärken und die Akzeptanz für die geplanten Maßnahmen erhöhen.

Besonders hervorgehoben wurde die Rolle der Fachkräfte, insbesondere der Installateur*innen und Handwerker*innen, als „Botschafter“ der Wärmewende. Sie stehen im direkten Kontakt zu den Bürger*innen und können somit als Schlüsselakteur*innen zur Akzeptanz und praktischen Umsetzung der Wärmewende beitragen. Um die Rolle des Handwerks zu stärken, wurden regelmäßige Schulungen sowie die Weiterentwicklung der Ausbildungsstandards für erneuerbare Energien und Gebäudeeffizienz als notwendig erachtet.

Abschließend appellierten die Teilnehmenden an Politik und Forschung, die gewonnenen Erkenntnisse des Dialogforums in die Weiterentwicklung der Wärmewende einfließen zu lassen. Die diskutierten Maßnahmen und Strategien sollen so praxisnah gestaltet werden, dass sie die regionalen Unterschiede und sozialen Bedürfnisse der Bevölkerung bestmöglich berücksichtigen. Die Diskussion schloss mit einem Konsens über die Bedeutung eines engen Austauschs zwischen Forschung, Politik und Praxis, um eine erfolgreiche und gesellschaftlich breit getragene Wärmewende zu gewährleisten.

Uhrzeit	Aktivitäten
09.45 – 10.00	Einwahl und Technik-Check
10.00 – 10.10	Begrüßung und Einführung Vorstellung der Ziele und Vorgaben der zweiten Phase des Ariadne-Projekts im Bereich Wärmewende
10.10.-10.15	Mentimeter-Umfrage Erwartungen der Stakeholder an die zukünftige politische Ausgestaltung der Wärmewende
10.15 – 10.30	Prioritäten einer kohärenten Wärmewende-Politik Vorstellung und Diskussion der ersten Runde der BürgerInnen-Deliberation <i>Dr. Julia Epp, Mercator Research Institute on Global Commons and Climate Change</i>
10.30 – 10.45	Input-Statement aus dem Stakeholder-Kreis (I) <i>Dr. Daniel Römer, KfW</i>
10.45 – 11.10	Diskussion im Plenum und Q&A <i>Moderation: Dennis Tänzler, adelphi</i>
11.10 – 11.25	Pause
11:25 – 11:30	Mentimeter-Umfrage
11.30 – 11.45	Impuls II: Kernbotschaften aus dem aktuellen Wärme- und Wohn-Panel <i>Anton Knoche, Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK)</i> <i>Dr. Christian Oberst, Institut der deutschen Wirtschaft (IW) Köln</i>
11.45 – 11.55	Input-Statement aus dem Stakeholder-Kreis (II) <i>Thomas Heilmann, Mitglied des Deutschen Bundestages</i>
11.55 – 12:25	Gemeinsame Diskussion zentraler Folgerungen für Politik und Forschung <i>Moderation: Dennis Tänzler, adelphi</i>
12.25 – 12:30	Abschluss und Ausblick



Der rote Faden durch die Energiewende: Das Kopernikus-Projekt Ariadne führt durch einen gemeinsamen Lernprozess mit Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, um Optionen zur Gestaltung der Energiewende zu erforschen und politischen Entscheidern wichtiges Orientierungswissen auf dem Weg zu einem klimaneutralen Deutschland bereitzustellen.

Folgen Sie dem Ariadnefaden:

 @AriadneProjekt

 Kopernikus-Projekt Ariadne

 ariadneprojekt.de

Mehr zu den Kopernikus-Projekten des BMBF auf kopernikus-projekte.de

Wer ist Ariadne? In der griechischen Mythologie gelang Theseus durch den Faden der Ariadne die sichere Navigation durch das Labyrinth des Minotaurus. Dies ist die Leitidee für das Energiewende-Projekt Ariadne im Konsortium von 27 wissenschaftlichen Partnern. Wir sind Ariadne:

adelphi | Brandenburgische Technische Universität Cottbus-Senftenberg (BTU) | Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) | Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) | Ecologic Institute | Forschungsinstitut für Nachhaltigkeit – Helmholtz-Zentrum Potsdam (RIFS) | Fraunhofer Cluster of Excellence Integrated Energy Systems (CINES) | Hertie School | ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München | Institut der deutschen Wirtschaft Köln | Julius-Maximilian-Universität Würzburg | Mercator Research Institute on Global Commons and Climate Change (MCC) | Öko-Institut | Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK) | RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung | Stiftung Umweltenergierecht | Stiftung Wissenschaft und Politik | Technische Universität Berlin | Technische Universität Darmstadt | Technische Universität München | Technische Universität Nürnberg | Universität Duisburg-Essen | Universität Greifswald | Universität Hamburg | Universität Potsdam | Universität Stuttgart – Institut für Energiewirtschaft und Rationelle Energieanwendung (IER) | ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung